

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 10.12.2024 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
20:41

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Annette Braun-Kohl

Stv. Vincent Endereß

ab 17:50 Uhr bis 20:15 Uhr

Stv. Gerd Holberg

Stv. Tobias Kaimer

bis 17:50 Uhr

Stv. Jens Lemke

Stv. Klaus Mentrop

Stellvertretung für Stv. Endereß bis 17:50
Uhr

Stellvertretung für Stv. Kaimer ab 17:50
Uhr

Stv. Folke Schmelcher

SPD-Fraktion

Stv. Marion Klaus

Stv. Simone Kunkel-Grätz

Stellvertretung für Stv. Drennhaus / ab
17:05 Uhr

Stv. Jens Niklaus

Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Barbara Kamm

Stv. Meike Lukat

Stv. Tessa Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Lucio Dröttboom

Stv. Nicola Günther

Stv. Andreas Rehm

Vertretung für Stv. Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

bis 20:39 Uhr

beratende Mitglieder

Stv. Harald Giebels

bis 20:30 Uhr

Schriftführung

StA Daniel Jonke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Techn. Dezernent

Techn. Dezernent Joachim Horst

Verwaltung

StRD'in Andrea Kotthaus

StVD'in Doris Abel

StOVR Gerhard Titzer

StAR'in Anja Esser

VA Dominic Büsselmann

Die Vorsitzende Bgm'in Dr. Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Bgm'in Dr. Warnecke schlägt vor, die haushaltsrelevanten, nichtöffentlichen TOPs 19, 21 und 22 im Anschluss an TOP 16 zu beraten, so dass eine Empfehlung für den Haushalt im öffentlichen Teil abgegeben werden könne.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf einen Dringlichkeitsantrag der WLH-Fraktion vom 09.12.2024 bezüglich des Geländes der ehemaligen Landesfinanzschule.

Stv. Lukat erläutert den Dringlichkeitsantrag.

Stv. Rehm frage sich, wie über den Antrag öffentlich diskutiert werden könne, da auch nichtöffentliche Gegebenheiten besprochen werden müssten.

Stv. Stracke verweist darauf, dass der Antrag erst nach der Fraktionssitzung eingegangen sei. Insofern habe die SPD-Fraktion keine Möglichkeit gehabt, sich zu diesem Antrag abzustimmen. Eine Dringlichkeit sei auch nicht erkennbar, weshalb die SPD-Fraktion den Antrag ablehnen werde.

Stv. Lemke schließt sich dem für die CDU-Fraktion an.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt anschließend über den Antrag und die Aufnahme auf die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
3 Ja / 12 Nein / 3 Enthaltungen

Stv. Rehm verweist auf die Ergänzungsvorlage zu TOP 3.1 – Bebauungsplan 200 und frage sich, weshalb diese nichtöffentlich sei.

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass dies ein Versehen gewesen sei. Die Vorlage werde selbstverständlich öffentlich beraten.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor, weshalb Bgm'in Dr. Warnecke über diese abstimmen lässt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Öffentliche Sitzung**1./ Befangenheitsmitteilungen**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass sie zu TOP 12 „Jahresabschluss 2023“ befangen sei.

Stv. Günther meldet sich zum nichtöffentlichen TOP 19 „Musikschule Haan e.V. - Zuwendungsantrag für 2025“ für befangen.

Stv. Kaimer teilt zum TOP 2 „Neubau Rathaus Haan“ mit, dass er Miteigentümer angrenzender Grundstücke ist. Dies habe er zu dieser Thematik bereits öfters angemerkt und der Rat sei sich bisher immer einig gewesen, dass er dadurch nicht befangen sei, dennoch möchte er dies nochmal erwähnen.

Weitere Befangenheitsmitteilungen liegen nicht vor.

**2./ Neubau Rathaus Haan
Vorlage: 65/064/2024**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf einen vorliegenden Antrag der WLH-Fraktion vom 03.12.2024 und lässt über diesen abstimmen:

Antrag der WLH-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. die Vorplanung (LPH 2 HOAI) Planstand SPUBA 21.09.2023 des Rathausneubaus am unteren Neuen Markt so planen zu lassen, dass nur die Häuser I und II, einschließlich Anbindung an die Tiefgarage Schillerstraße geplant und gebaut werden mit veränderter Erschließung über das städtische Grundstück Kaiserstr.21, anstatt Windhövel und hierfür einen Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss vorzulegen.
2. eine Gesamtkostenübersicht u.a. unter Einbeziehung der Sanierung des historischen Rathauses zu erstellen. Es sind gesamtkostenminimierende Beschlussvorlagen für die Fachausschüsse und den Rat vorzubereiten. Darin enthalten ist ein Aufhebungsbeschluss für einen zusätzlichen Grundstücksankauf.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
3 Ja / 15 Nein / 0 Enthaltungen

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf einen Antrag der GAL-Fraktion vom 17.11.2024 bezüglich einer gewerkeweisen Ausschreibung.

Stv. Rehm teilt mit, dass die GAL-Fraktion die Meinung der Verwaltung zur Kenntnis nehme, die GAL aber anderer Auffassung sei, da eine Gewerke weise Ausschreibung günstiger sei.

Stv. Günther bedauert es, dass so lokale Haaner Unternehmen kaum eine Chance haben werden, sich an dem Bau des neuen Rathauses zu beteiligen.

Stv. Lukat verweist auf das im Antrag genannte 10%ge Einsparpotenzial und teilt mit, dass die WLH dem Antrag daher zustimmen werde.

Antrag der GAL-Fraktion

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Gewerke weise Vergabe zum Neubau des Rathauses vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
6 Ja / 11 Nein / 1 Enthaltung

Im Anschluss lässt Bgm'in Dr. Warnecke über den Beschlussvorschlag der Verwaltung gem. der Sitzungsvorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1) Der Rat der Stadt Haan nimmt die Kostenberechnung des Gesamtinvestitionsvolumens (ohne Grundstückskosten, Maßnahmen Windhövelplatz und Einmündungen Kaiserstraße, Umzüge, Möblierung, IT Ausstattung und TK Endgeräte, Kunst am Bau / Kunstwerke, Umbau und Ertüchtigung des Baudenkmals altes Rathaus, Lager Rockwell) in Höhe von 53.420.000 € für den „Neubau des Rathauses der Stadt Haan mit Räumen der Volkshochschule und Stadtarchiv“ am unteren neuen Markt auf Grundlage der Beschlusslage zur Kenntnis und setzt diese als Kostenobergrenze fest.

2) Der Rat gibt die Entwurfsplanung für den „Neubau des Rathauses der Stadt Haan mit Räumen der Volkshochschule und Stadtarchiv“ am unteren neuen Markt als Grundlage für die Bauantragsplanung frei.

3) Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der Entwurfsplanung die Bauantragsplanung (LPH 4 HOAI) durchzuführen, die funktionale Leistungsbeschreibung zu erstellen und das Vergabeverfahren als Gesamtvergabe ab Leistungsphase 5 HOAI für Hochbau, Tiefbau, Außenanlagen schlüsselfertig als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb durchzuführen. Die hierfür erforderlichen Leistungsstufen sind nach Vollzug des Grunderwerbs Kaiserstraße 19 bei Rechtsberatung, Planern und Projektsteuerung abzurufen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
11 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

3./ Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 200 "Neues Rathaus" im Verfahren nach § 13a BauGB, Anpassung des Flächennutzungsplanes durch seine 49. Änderung im Bereich "Neues Rathaus"

**- hier: Information zum Stand der Planung, Beschluss zur Planerarbeitung
Vorlage: 61/105/2024**

Protokoll:

TOP 3 und 3.1 wurden gemeinsam beraten. Das Protokoll ist daher unter TOP 3.1 aufgeführt.

Beschlussvorschlag:

1. Die Ausführungen zum Stand der Planung und das Flächenkonzept werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des in Anlage 3 abgebildeten verkleinerten Plangebietes und des Bebauungsplanvorentwurfes die Planungen zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 200 fortzuführen.
3. Die bestehenden Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 41d, 1. Änderung sind zudem für die im Bebauungsplanvorentwurf zur Aufhebung gekennzeichneten Planbereich aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
11 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

**3.1. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 200 "Neues Rathaus" im Verfahren
/ nach § 13a BauGB, Anpassung des Flächennutzungsplanes durch seine
49. Änderung im Bereich "Neues Rathaus"**

**hier: Anpassung des Ratsbeschlusses vom 02.11.2021 zur wohnbaulichen
Folgenutzung für das Grundstück Gemarkung Haan, Flur 26, Flurstück 368
Vorlage: 61/105/2024/1**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert die Ergänzungsvorlage.

Stv. Lukat erläutert, dass sich die WLH-Fraktion dagegen ausspreche, da das Bauvorhaben so noch teurer werde. Zudem seien die Kosten bis jetzt nicht benannt worden. Sie stellt erneut klar, dass sich die WLH-Fraktion nicht gegen einen Neubau des Rathauses ausspreche, jedoch spreche sie sich gegen die Art und Weise wie bezüglich dieses Bauvorhabens vorgegangen werde, sowie die daraus entstehenden Folgekosten aus. Die WLH befürchte, dass der Stadt Haan die Kosten aus dem Ruder laufen könnten.

Beschlussvorschlag:

Der Beschluss des Rates vom 02.11.2021 wird aufrechterhalten. Die weiteren Überlegungen zum Wohnungsbau erfolgen jedoch erst im Zusammenhang mit einer konkretisierenden zukünftigen Planung für die Fläche des dritten Verwaltungsgebäudes. So kann eine gemeinsame und aufeinander abgestimmte Entwicklung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
11 Ja / 3 Nein / 4 Enthaltungen

**4./ Kooperation mit der Ombudsstelle NRW
Vorlage: 51/106/2024**

Beschlussvorschlag:

Der HFA nimmt die Ausführungen zur Ombudschaft NRW zur Kenntnis.

Der HFA empfiehlt dem Rat, das Jugendamt zu beauftragen, die Kooperation mit der Ombudschaft NRW abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**5./ Wegfall der Bewohnerparkvorrechte auf zwei Stellplätzen der Ellscheider Straße
Vorlage: 66/101/2024**

Protokoll:

Stv. Rehm fragt sich, ob ein Beschluss des Fachausschusses nicht ausreichend sei, und dies zwingend durch den Rat beschlossen werden müsste.

StRD'in Kotthaus erläutert, dass der letzte Beschluss hierzu Anfang der 1990er Jahre getroffen wurde. Die Verwaltung wollte daher auf Nummer sicher gehen und den Rat als Beschlussgremium eingefügt.

Beschlussvorschlag:

Der HFA empfiehlt dem Rat den Wegfall der Bewohnerparkvorrechte zweier Stellplätze (in Länge gerechnet) in der Ellscheider Straße 21-27 und deren Umwandlung in Stellplätze mit Parkscheibenregelung für zwei Stunden Parkdauer zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**6./ Parkraumbewirtschaftung
- hier: ergänzende Einführung einer Parkscheibenregelung unter
Beibehaltung der Bewohnerparkvorrechte auf der Dieker Straße
Vorlage: 66/103/2024**

Protokoll:

Stv. Stracke kritisiert, dass es nun für die Anwohner_innen schwieriger werden könnte, einen Parkplatz zu finden, während gleichzeitig die Gebühren für einen Bewohnerparkausweis angehoben würden.

Stv. Lukat führt aus, dass im Fachausschuss ausführlich erläutert worden sei, dass alle Anwohner_innen, welche einen Bewohnerparkausweis beantragen, diesen auch bekommen könnten. Ein Nachteil entstehe, bis auf die gestiegenen Kosten für den Ausweis keiner.

Beschlussvorschlag:

Der HFA empfiehlt dem Rat, die Erweiterung der Stellplatznutzung auf der Dieker Straße im Bereich der Hausnummern 42 (Höhe Kreisverkehr) bis 78 (Höhe Einmündung Goethestraße) durch eine ergänzende Parkscheibenregelung für die Stellplätze in diesem Abschnitt zu beschließen.

Die bisherige zeitliche Geltung der Regelung (werktags von 7 -18 Uhr) und die Nutzung mit Bewohnerparkschein wird beibehalten. Die zulässige Parkdauer mit Parkscheibe wird im Bereich der Hausnummern 42 bis 60 auf 2 Stunden, im Bereich der Hausnummern 64 bis 78 auf 1 Stunde begrenzt.

Die Erweiterung der Stellplatznutzung erfolgt in der Weise, dass künftig auf allen Stellplätzen Bewohnerparken und parallel eine Nutzung mit Parkscheibe möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
14 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen

7./ Satzung der Stadt Haan über die Erhebung der Bewohnerparkgebühren Vorlage: 32/043/2024

Protokoll:

Stv. Rehm verweist auf die vorherigen Beratungen zu diesem Sachverhalt und fragt sich, weshalb die SPD-Fraktion keinen Antrag zu einer Staffelung der Anhebung, wie vorher angekündigt, gestellt habe.

Stv. Stracke erläutert, dass die SPD-Fraktion hierzu gerne einen Antrag zum Rat formulieren könne.

Stv. Lukat verweist darauf, dass die WLH-Fraktion um eine Aufstellung der Kosten des Verwaltungsaufwandes gebeten habe, um die Kalkulation besser nachvollziehen zu können. Dies sei bisher nicht erfolgt. Eine einfache Anhebung auf 120,- Euro halte die WLH nicht für angemessen, solange eine entsprechende Kalkulation nicht nachvollziehbar sei. Die WLH werde der Vorlage daher nicht zustimmen.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf die Vorlage der Verwaltung, in welcher erläutert werde, weshalb die Verwaltung hier einen Betrag von 120,- Euro vorschlage.

Beschlussvorschlag:

Der HFA empfiehlt dem Rat der Stadt Haan die als Anlage 1 beigeführte Satzung der Stadt Haan über die Erhebung der Bewohnerparkgebühren zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
11 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

**8./ Gebührenordnung für städtische Parkscheinautomaten im Stadtgebiet Haan
Vorlage: 32/044/2024**

Beschluss:

TOP 8 und 8.1 wurden gemeinsam beraten und beschlossen. Der Beschluss ist daher unter TOP 8.1 aufgeführt.

**8.1. Ergänzungsvorlage zur Gebührenordnung für städtische
/ Parkscheinautomaten im Stadtgebiet Haan.
Vorlage: 32/044/2024/1**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt die als Anlage 1 beigefügte Parkgebührenordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
14 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen

9./ Antrag des Jugendparlaments vom 05.09.2024 – Änderung der Satzung des Jugendparlamentes der Stadt Haan
Vorlage: II/063/2024

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf den Änderungsvorschlag aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA).

Stv. Lukat zitiert die Entschädigungsverordnung NRW bezüglich der Aufwandsentschädigung für sachkundige Bürger und Einwohner. Diese Regelung würde für die Mitglieder des Jugendparlamentes nicht greifen.

Die WLH-Fraktion schätze die Arbeit des Jugend- aber auch des Kinderparlamentes sehr, allerdings handele es sich bei dem aktuell gezahlten Sitzungsgeld für Jugendparlamentsmitglieder um eine freiwillige Leistung. Sie kritisiert, dass bei der Höhe des Sitzungsgeldes auf die analoge Anwendung zu den Aufwandsentschädigungen für sachkundige Bürger zurückgegriffen werde. Demnach erhalten die Mitglieder des Jugendparlamentes 40,80 Euro pro Sitzung. Dies sei mehr als das vom Familienministerium vorgeschlagene, angemessene Taschengeld. Zudem verweist sie auch auf andere Ehrenamtler wie beispielsweise die Kinder- und Jugendfeuerwehr. Diese würden keine entsprechende Aufwandsentschädigung erhalten. Die Forderung erwecke den Eindruck, es gehe hier lediglich um monetäre Interessen und nicht um echte Mitbestimmung innerhalb der Gremien, da diese Möglichkeit dem Jugendparlament in Belangen der Jugendlichen bereits jetzt schon zustünde. Da das Ehrenamt gesamtheitlich betrachtet werden müsse, sehe die WLH hier ein Missverhältnis.

1. Bgo Herz verweist noch darauf, dass lediglich ein Mitglied des Jugendparlamentes ein Sitzungsgeld für die Teilnahme an einer Ausschusssitzung erhalten solle. Sie empfiehlt, den durch den JHA gefassten Beschluss um einen Satz zu ergänzen, der in der aktuellen Fassung der Satzung des JuPa für Klarheit sorgt: „Dieses Sitzungsgeld erhält nur jeweils ein Mitglied des Jugendparlamentes, welches an einer entsprechenden Fachausschusssitzung teilnimmt.“

Stv. Lemke signalisiert die Zustimmung seitens der CDU-Fraktion mit dieser Ergänzung.

Stv. Giebels führt aus, dass er die rechtlichen Bedenken nicht teile. Es sei zudem eine Unterstellung seitens der WLH-Fraktion, dass die Jugendlichen dies nur des Geldes wegen machen würden. Er schlage daher vor, das Sitzungsgeld für die Jugendlichen eher als „Erfrischungsgeld“ zu bezeichnen.

Stv. Stracke verweist darauf, dass es eine Entschädigung für den Aufwand sei und er daher kein Problem darin sehe.

Stv. Klaus ergänzt, dass dies im Jugendhilfeausschuss auch bereits ausführlich diskutiert worden sei.

Stv. Günther signalisiert für die GAL-Fraktion ebenfalls ihre Zustimmung.

Stv. Lukat führt aus, dass der Haupt- und Finanzausschuss aber der Ausschuss sei, welcher für die finanziellen Mittel zuständig sei. Der WLH erschließe sich jedoch nicht, welche Auslagen und Aufwendungen beispielsweise ein 12-jähriges Mitglied des Jugendparlamentes habe.

Beschlussvorschlag:

Das Jugendparlament wird zu Sitzungen der Ausschüsse des Rates (satzungsgemäß außer Rat, Haupt- und Finanzausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss und Wahlausschuss) der Stadt Haan als Vertretung der Haaner Jugendlichen hinzugezogen und zu Angelegenheiten angehört, die Belange der Jugendlichen betreffen. Das Jugendparlament hat mit einfacher Mehrheit jeweils eine Vertretung zu den Sitzungen zu entsenden. Die Vertretung (im Alter von 12 bis 21 Jahren) hat Anspruch auf Zahlung einer Entschädigung in Höhe des Sitzungsgeldes eines sachkundigen Bürgers. Die Vertretung ist durch den Rat der Stadt Haan zu bestätigen. Dieses Sitzungsgeld erhält nur jeweils ein Mitglied des Jugendparlamentes, welches an einer entsprechenden Fachausschusssitzung teilnimmt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
13 Ja / 3 Nein / 2 Enthaltungen

**10./ Gebührenbedarfsberechnung 2025 für den Wochenmarkt der Stadt Haan
Vorlage: 60/075/2024**

Beschlussvorschlag:

Die Gebührenbedarfsberechnung für den Wochenmarkt der Stadt Haan 2025 wird zur Kenntnis genommen. Eine Satzungsänderung ist aufgrund des gleichbleibenden Gebührenbedarfs nicht notwendig.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

11./ Satzung der Stadt Haan über die Änderung der Gebührensatzung für den städtischen Waldfriedhof 2025
Vorlage: 60/076/2024

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass die Gebühren insgesamt um ca. 40.000,- Euro sinken würden.

Beschlussvorschlag:

Die Satzung der Stadt Haan über die 10. Änderung der Gebührensatzung für den städtischen Waldfriedhof in Haan (Friedhofsgebührensatzung) wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

12./ Jahresabschluss 2023
Vorlage: 14/046/2024

Protokoll:

Da sich die **Bgm'in Dr. Warnecke** zu diesem TOP für befangen erklärt hat, übernimmt der **stellvertretende Vorsitzende, Stv. Lemke** die Beratung und Beschlussfassung zu diesem TOP.
Er verliest den Beschlussvorschlag und lässt im Anschluss daran abstimmen.

Beschlussvorschlag für den HFA und Rat:

1. Der Rat stellt gemäß §§ 96, 102 GO NRW den Jahresabschluss zum 31.12.2023 fest.
2. Die Ratsmitglieder sprechen gemäß § 96 GO NRW der Bürgermeisterin die Entlastung aus.

Abstimmungsergebnisse:

zu 1.

einstimmig angenommen

17 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 befangen

zu 2.

einstimmig angenommen

17 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 befangen

Bürgermeisterin Dr. Warnecke hat sich zu diesem TOP für befangen erklärt. Sie hat daher an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

13./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2025

Vorlage: 10/172/2024

Protokoll:

Die Beschlussempfehlung zum gesamten Stellenplan wurde erst nach Beratung und Beschlussfassung der TOPs 13.1 – 13.6 getroffen. Zur besseren Lesbarkeit ist dieser jedoch bereits hier aufgeführt.

Beschlussvorschlag:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025 wird entsprechend dem in Anlage 1 beigefügten Verwaltungsentwurf verabschiedet.

Den personalwirtschaftlichen und organisatorischen Maßnahmen nach Ziffer 2.7 wird zugestimmt.

Überstunden sind mit Ausnahme der Feuerwehr und des Rettungsdienstes nur gegen Freizeitausgleich zu genehmigen. Ausnahmen können mit Zustimmung des Rates zugelassen werden (Beschluss des Rates vom 12.05.2015, TOP 9.2.2 und Beschluss des Rates zu Überstunden der Feuerwehr und des Rettungsdienstes vom 9.4.2024, TOP 26).

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

17 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen

13. Stellenplan 2025

1./ hier: Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 02/13 (Schreibkraft Personalrat) von derzeit 0,6 VZÄ auf 0,7 VZÄ

Vorlage: 10/182/2024

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Ausweitung eines Stellenanteils von 0,1 VZÄ der Stelle 02/13 (Schreibkraft Personalrat) im Stellenplan 2025 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

13. Stellenplan 2025

2./ hier: Erhöhung der Stellenanteile bzw. Einrichtung zusätzlicher Stellen an den OGS-Standorten Don-Bosco-Schule und GGS Gruitzen sowie Einrichtung von 1 weiteren Praxis Integrierten Ausbildungsstellen für den Erzieher_innen Beruf (PiA) für den OGS Standort Gruitzen

Vorlage: 10/183/2024

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt stimmt der Erhöhung der Stellenanteile bei verschiedenen Fach-, Ergänzungs- und Hauswirtschaftskräften an der OGS Don-Bosco-Schule um 0,8 VZÄ und an der OGS Gruitzen um 0,4 VZÄ, der Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Umfang von 1,0 VZÄ (Ergänzungskraft) an der OGS Don-Bosco-Schule sowie der Einrichtung einer weiteren Praxis Integrierten Ausbildungsstelle für den Erzieher_innen Beruf (PiA) für den Standort Gruitzen zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

13. Stellenplan 2025
3./ hier: Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 40/35
Vorlage: 10/181/2024

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 40/35 von derzeit 0,5 auf 1,0 VZÄ im Stellenplan 2025 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

13. Stellenplan 2025
4./ hier: Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 50-29
Vorlage: 10/179/2024

Protokoll:

Stv. Ruppert verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Sozialplanerin und kritisiert, dass aus dem Antrag nicht ersichtlich werde, weshalb diese Stelle dringend benötigt werde. Er mahnt an, dass sich die Stadt Haan im Laufe der Jahre ein Übermaß an Planer_innen leiste.

Antrag der SPD-Fraktion (Haushaltsantrag Nr. P6):

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Entfristung, ohne kw-Vermerk, der Stelle (Sozialplanerin) im Stellenplan 2025 zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
16 Ja / 1 Nein / 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 50-29 (Hausmeister Unterkünfte) von derzeit 0,7 auf 1,0 VZÄ im Stellenplan 2025 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

13. Stellenplan 2025

5./ hier: Ausweitung des Stellenanteils für die Jugendgerichtshilfe von derzeit 0,4 auf 1,0 VZÄ

Vorlage: 10/178/2024

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Ausweitung des bisherigen Stellenanteils für die Jugendgerichtshilfe (Produkt 060330) von derzeit 0,4 auf 1,0 VZÄ im Stellenplan 2025

zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

13. Stellenplan 2025

6./ hier: Einrichtung eines Stellenanteils kommunale_r Energie- und Wärmeplaner_in

Vorlage: 10/180/2024

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 VZÄ für eine_n kommunale_n Energie- und Wärmeplane_:in im Stellenplan 2025 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

14./ Spielflächenleitplan der Stadt Haan

hier: Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2025 für die Maßnahmen "Großspielgerät Grundschule Bollenberg" und "Motorikpfad Grundschule Mittelhaan"

Vorlage: 70/041/2024/1

Beschlussvorschlag:

Der HFA stimmt den zusätzlichen Haushaltsmitteln für das Haushaltsjahr 2025 gemäß der Ergänzungsvorlage zur Beschlussvorlage Nr. 70/041/2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

15./ Hebesätze 2025
Vorlage: 20/127/2024

Protokoll:

StVD'in Abel erläutert die Vorlage. Sie führt aus, dass die Stadt weiterhin Probleme mit dem Veranlagungsverfahren habe. Sie hoffe, dass die Kämmerei in der Sitzung des Rates in der Lage sein werde, einen aufkommensneutralen Hebesatz vorschlagen zu können.

Stv. Rehm erläutert für die GAL-Fraktion, dass diese die Gefahr einer ungleichen Verteilung sehe und bittet darum den Passus „keine Differenzierung“ herauszunehmen. Aktuell scheine die Anlage so, dass diese nicht gerecht sei.

StVD'in Abel führt aus, dass die Stadt im kommenden Jahr einige Klagen der gegen die Grundsteuerreform erwarte. Sofern die Stadt von der Möglichkeit der differenzierten Hebesätze Gebrauch mache, sei sie evt. bei einem Widerspruch direkt zuständig. Sollten die Hebesätze nicht differenziert werden, sei das Finanzamt zuständig. Sie verweist darauf, dass viele Städte nicht von der Möglichkeit Gebrauch machen, da ihnen das Risiko zu hoch sei.

Stv. Lukat teilt mit, dass sich die WLH-Fraktion in der heutigen Sitzung kaum in der Lage sehe, eine fundierte Entscheidung zu treffen.

Stv. Giebels verweist auf Seite 6 der Vorlage. Hier führt die Verwaltung aus, dass in 20% der Fälle der neue Messbetrag nicht einfach übernommen werden kann, da die Eigentümerdaten zunächst geklärt werden müssen. Er möchte daher wissen, wann die konkreten Zahlen vorlägen, um einen fundierten Beschluss zu fassen.

StVD'in Abel erklärt, dass es in der Vergangenheit keinen automatischen Datenabgleich mit dem Finanzamt gegeben habe. Die Verwaltung habe bei einem Eigentumswechsel die Grundstücke entsprechend der Mitteilung des früheren/neuen Eigentümers umgeschrieben. Dies führt dazu, dass die Verwaltung aktuellere Eigentümerdaten als das Finanzamt hat. Was man nach der Mitteilung des Finanzamtes sehen könne, ist, dass die Belastung bei Wohngrundstücken rauf und bei Gewerbesteuern runter gehe. Auch die Wertentwicklung sei bei Wohngrundstücken anders als bei Gewerbegrundstücken.

Stv. Ruppert kritisiert, dass nun schon die dritte Erhöhung der Grundsteuer auf die Eigentümer_innen zukomme.

Stv. Rehm meldet für die GAL-Fraktion Beratungsbedarf bis zum Rat an.

Beschluss:

Die GAL-Fraktion hat hierzu Beratungsbedarf angemeldet. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

16./ Haushaltsplanberatungen 2025

Vorlage: 20/143/2024

Protokoll:

Für die Übersicht über die Veränderungsanträge wird auf die Arbeitsunterlage der Kämmerei verwiesen (siehe Ratsinfosystem – TOP 16).

1. Block: Veränderungsanträge, die in einem separaten TOP behandelt wurden

Diese Veränderungsanträge haben sich mit den Beschlüssen zu den einzelnen TOPs bereits erledigt und müssen nicht erneut beraten werden.

2. Block: Veränderungsanträge, die ohne Auswirkung auf den Haushalt 2025 sind

P4 -Antrag der CDU -PV Anlagen

einstimmig angenommen

3. Block: alle einstimmig beschlossenen Veränderungsanträge (mit und ohne Enthaltungen)

V4, V5, V6, V7, V8, V12, V13, V14, V15, V18, V24, V25, V26, V27, V28, V29, V30, V31, V32, V33

einstimmig angenommen

4. Block: alle bislang nicht beratenen Anträge

V9, V10, V11

einstimmig angenommen

V19

hat keine Auswirkung auf den Haushalt

einstimmig angenommen

V21, 22, 23

einstimmig angenommen

V35, 36

einstimmig angenommen

17 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

V38

Ist bereits mit TOP 15 – Friedhofsgebührensatzung abgestimmt worden

V39, 40

einstimmig angenommen

V41

einstimmig angenommen

P3.1, 3.2, 3.3 – Antrag der WLH-Fraktion – Ruhender Verkehr,
Ordnungsangelegenheiten, Bürgerservice

StRD'in Kotthaus verweist auf die Antworten der Verwaltung zum Antrag der WLH-Fraktion (siehe Ratsinfosystem – Veränderungsantrag unter Block 4 – TOP 16). Zu 3.2 führt sie aus, dass auch die aktuellen Zahlen berücksichtigt worden seien.

Stv. Lukat zieht daher die Anträge 3.1 „Ruhender Verkehr“ sowie 3.2 „Ordnungsangelegenheiten“ zurück.

Bgm'in Dr. Warnecke führt zum Antrag 3.3 aus, dass die versendeten Schreiben als Verwarnschreiben zu sehen seien. Man habe hier serviceorientiert alle Bürger_innen angeschrieben, deren Ausweis bald ablaufe.

Stv. Giebels weist darauf hin, dass die Bewohner einer Pflegeeinrichtung ihre Ausweise meist nicht hätten, da sie diese abgeben müssten, daher müsse die Verwaltung unterscheiden zwischen denen, die in einer Einrichtung untergebracht sind und denen die es nicht sind.

mehrheitlich abgelehnt

3 Ja / 14 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

P7 – Antrag der WLH-Fraktion – Anlassbezogenes oberirdisches Parken

Stv. Lukat verweist darauf, dass es hier lediglich um 5 Samstage gehe. Die Wirtschaftsförderung könne mit den Einzelhändlern besprechen, welche Samstage hierfür ausgewählt werden können.

Stv. Endereß verweist auf einen Antrag der CDU-Fraktion in der Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten (FOA) und weist darauf hin, dass die CDU diese auch wieder zur Abstimmung stellen werde.

Stv. Stracke kritisiert, dass hier einige wenige bevorzugt würden, da die Personen im Parkhaus nicht davon profitieren würden. Die SPD werde den Antrag daher ablehnen.

Stv. Lukat verweist darauf, dass es hier um eine Marketingaktion zur Stärkung der Innenstadt gehe.

mehrheitlich abgelehnt

3 Ja / 15 Nein / 0 Enthaltungen

P9 – Antrag der WLH-Fraktion – Instandsetzungsmaßnahmen Turnhalle Dieker Straße

Techn. Dez. Horst führt aus, dass eine Kostenschätzung derzeit nicht möglich sei. Einen Kostenrahmen für die Investitionsmaßnahme in Höhe von 2,8 Mio. Euro könne er jedoch nennen.

Stv. Stracke führt aus, dass die Stadt bereits seit vielen Jahren mit der Ertüchtigung der Sporthalle befasst ist. Er verweist auf den Betrag für die Sanierung von über 2 Mio. Euro. Bei einem solchen Betrag könne durchaus auch über einen Neubau gesprochen werden.

Stv. Endereß erläutert, dass nicht aufgrund eines Kostenrahmens entschieden werden solle. Das Projekt müsse ganzheitlich betrachtet werden.

Stv. Lukat erläutert, dass hier ein Grundlagenbeschluss herbeigeführt werden solle. In der nächsten Sitzung des SPUBA solle dann eine entsprechende Zeitschiene vorgestellt werden.

Stv. Rehm fragt an, ob es möglich sei bis zum Sommer genaueres zu prüfen und ob dafür Geld benötigt werde.

Techn. Dez. Horst erklärt, dass die Verwaltung eine Sachverhaltsprüfung vornehme. Im Projektplan des Gebäudemanagements sei die Maßnahme mit Priorität 3 versehen. Es gäbe also zunächst andere Projekte, welche Vorrang hätten. Sein Vorschlag wäre zunächst eine Sachermittlung durchzuführen und ggf. begrenzte Reparaturen durchzuführen. Danach könne eine Betrachtung als Gesamtprojekt erfolgen.

Stv. Stracke schlägt vor, dass die Priorität im Projektplan angepasst werden und endlich was passieren müsse, da man sich bereits seit 10 Jahren über diese Halle spreche.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist darauf, dass der Projektplan in jeder Sitzung des SPUBA vorgelegt worden sei. Bisher sei kein Antrag auf eine Anpassung eingegangen. Zudem müsse dann entschieden werden, welches Projekt zurücktreten müsse.

Stv. Endereß fasst zusammen, dass sich alle einig seien, dass etwas passieren müsse. Die Verwaltung verfüge über entsprechende Mittel, um Voruntersuchungen durchzuführen.

Stv. Lukat mahnt an, dass die WLH-Fraktion bereits mehrere Anträge zur Änderung des Projektplanes vorgelegt habe, welche jedoch stets abgelehnt worden seien. Es sei wichtig jetzt einen Grundsatzbeschluss für die Turnhalle zu treffen.

mehrheitlich abgelehnt

5 Ja / 12 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

P10 – Antrag der WLH-Fraktion – Instandsetzung Haus Westfalen

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass auch die Verwaltung dazu rate, dem Antrag zu folgen.

einstimmig angenommen

17 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

5. Block: alle mehrheitlich beschlossenen Anträge

V17

einstimmig angenommen

16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung / 1 nicht teilgenommen

P5 – Antrag der CDU-Fraktion – Erhöhung des investiven Ansatzes Spielflächenleitplan

mehrheitlich angenommen

16 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

P6 – Antrag der SPD-Fraktion – Entfristung der Stelle Sozialplanerin

Der Antrag wurde unter TOP 13.4 beschlossen

6. Block: alle in den Fachausschüssen abgelehnten Anträge

P2 – Antrag der CDU-Fraktion – Aufhebung der Parkscheinpflcht

mehrheitlich abgelehnt

6 Ja / 10 Nein / 1 Enthaltung / 1 nicht teilgenommen

nichtöffentliche Veränderungsanträge

V13, 14, 18

einstimmig angenommen

Beschlussvorschlag:

Der am 29.10.2024 vorgelegte Entwurf der Haushaltssatzung 2025 nebst Anlagen wird unter Berücksichtigung der Beschlüsse zu den einzelnen Veränderungsanträgen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

11 Ja / 4 Nein / 3 Enthaltungen

**16. Haushaltsplanberatungen 2025; Wirtschaftsförderung, Liegenschaften,
1./ Kultur, Städtepartnerschaften und Tourismus
Vorlage: 20/140/2024**

Beschluss:

Der Sachverhalt wurde unter TOP 16 beraten. Der Beschluss ist daher unter TOP 16 aufgeführt.

**16. Haushaltsplanberatungen 2025; Feuerschutz und
2./ Ordnungsangelegenheiten
Vorlage: 20/138/2024**

Beschluss:

Der Sachverhalt wurde unter TOP 16 beraten. Der Beschluss ist daher unter TOP 16 aufgeführt.

**16. Haushaltsplanberatungen 2025; Jugendhilfeausschuss
3./ Vorlage: 20/139/2024**

Beschluss:

Der Sachverhalt wurde unter TOP 16 beraten. Der Beschluss ist daher unter TOP 16 aufgeführt.

**16. Haushaltsplanberatungen 2025 Soziales, Integration und Generationen
4./ Vorlage: 20/135/2024**

Beschluss:

Der Sachverhalt wurde unter TOP 16 beraten. Der Beschluss ist daher unter TOP 16 aufgeführt.

16. Haushaltsplanberatungen 2025; Umwelt und Mobilität
5./ Vorlage: 20/134/2024

Beschluss:

Der Sachverhalt wurde unter TOP 16 beraten. Der Beschluss ist daher unter TOP 16 aufgeführt.

16. Haushaltsplanberatungen 2025; Bildung und Sport
6./ Vorlage: 20/137/2024

Beschluss:

Der Sachverhalt wurde unter TOP 16 beraten. Der Beschluss ist daher unter TOP 16 aufgeführt.

16. Haushaltsplanberatungen 2025; Stadtentwicklung, Planung und Bau
7./ Vorlage: 20/136/2024

Beschluss:

Der Sachverhalt wurde unter TOP 16 beraten. Der Beschluss ist daher unter TOP 16 aufgeführt.

16. Haushaltsplanberatungen 2025; Digitalisierung, Organisation und
8./ Personal
Vorlage: 20/141/2024

Beschluss:

Der Sachverhalt wurde unter TOP 16 beraten. Der Beschluss ist daher unter TOP 16 aufgeführt.

17./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

18./ Mitteilungen

Protokoll:

Stv. Günther teilt mit, dass der Umzug der VHS in das neue Rathaus in Haan bisher kein Thema auf der Zweckverbandsversammlung war.

1. Bgo. Herz teilt mit, dass man mit dem Leiter der VHS, Herrn Kurth diesbezüglich in Gesprächen sei.

Stv. Lukat teilt mit, dass in 2017 gemeinsam mit Herrn Kurth abgesprochen wurde, dass jede Stadt einen Umzug der VHS-Räumlichkeiten selbst zahle.

1. Bgo. Herz teilt mit, dass man hierzu nochmal in Gespräche gehen müsse.

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.